Foto: Foto- und Bildstelle des Deutschen Bundestages

SPD BUNDESTAGS FRAKTION
www.spdfraktion.de

KONTAKT

Bundestagsbüro Berlin
Nezahat Baradari, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
nezahat.baradari@bundestag.de
030/22771260

Wahlkreisbüro Lüdenscheid
Knapper Straße 59
58507 Lüdenscheid
nezahat.baradari.wk02@bundestag.de
02351/6631669

Wahlkreisbüro Attendorn
Niederste Straße 15
57439 Attendorn
nezahat.baradari.wk@bundestag.de
02722/6576884

www.nezahat-baradari.de/

Folgt mir!
Facebook Instagram Youtube

Newsletter 05/2020
29. Mai 2020

Nezahat Baradari

Mitglied des Deutschen Bundestages für den Kreis Olpe/Märkischer Kreis I
Betreuungswahlkreis Siegerland

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN, LIEBE FREUNDE DER SPD!

Immer mehr Beschränkungen des öffentlichen Lebens werden Stück für Stück zurückgefahren. Ich hoffe, dass dies ein Erfolg sein wird, denn durch das konsequente Handeln konnten die Zahlen der mit SARS-CoV-2 infizierten Personen bisher deutlich gesenkt werden. Jedoch ist die Corona-Pandemie weiterhin nicht vorbei. Es gilt, weiterhin die epidemiologischen Daten genau zu beobachten und dementsprechend politische Neujustierungen vorzunehmen.

Die Fälle in Schlachthöfen sowie die vielen Neuinfektionen in einem Restaurant in Niedersachsen und im Rahmen des Gottesdienstes bei Frankfurt am Main zeigen dies sehr deutlich.

Dennoch möchte ich die Sorgen vieler Bürgerinnen und Bürger über die Einschränkungen, speziell der Grundrechte, keinesfalls unberücksichtigt lassen. Berechtigte Forderungen zum Beispiel nach der Durchführung von Demonstrationen müssen ernsthaft diskutiert werden. Jede Einschränkung der Grundrechte muss ausreichend begründet und der Situation angemessen sowie zeitlich begrenzt sein. Die Gerichte in Deutschland prüfen diese Einschränkungen, gerade auch das Verbot von Demonstrationen seit Beginn der Maßnahmen. Zahlreiche Versammlungen konnten durch Gerichtsentscheide bereits unter Auflagen stattfinden (zum Beispiel in Gießen, München und Stuttgart).

Dies zeigt, dass die Institutionen intakt sind, und die Grundrechte nicht, wie so oft behauptet, pauschal außer Kraft gesetzt wurden. Eine differenzierte Betrachtungsweise hilft uns da weiter, gerade weil aktuell wieder einige Bürgerinnen und Bürger ihre Gedanken als angeblich einzige Wahrheit verbreiten. Darunter sind Rechtspopulisten und Nazis, die versuchen, die gemäß Grundgesetz zustehende und aus Sorge stattfindenden Demonstrationen regelrecht kapern zu wollen.

Daher sollten sich alle an der Sache interessierten Bürgerinnen und Bürger deutlich davon distanzieren.

Es gibt viele Sorgen und Fragen dazu, die mich erreichen – aber auch viel Zuspruch für unser bisheriges Vorgehen! So habe ich mich zum Beispiel intensiv mit den Forderungen der DGB-Jugend bezüglich der Schutzmaßnahmen für Auszubildende beschäftigt und hierzu auch ein Videostatement veröffentlicht. Zu den aktuellen Entscheidungen im Rahmen der Corona-Pandemie findet ihr auf den folgenden Seiten weitere Informationen.

Wichtig ist, dass wir als gesamte Gesellschaft im Austausch bleiben und keine unnötigen Gräben aufreißen.

Ein positives Signal kommt hingegen von europäischer Ebene: Auf Druck der SPD sowie unter tatkräftiger Mitarbeit unseres Finanzministers Olaf Scholz hat Bundeskanzlerin Merkel gemeinsam mit dem französischen Präsidenten Macron einen Plan für einen europäischen Wiederaufbaufonds vorgelegt. 500 Milliarden Euro sollen dafür mobilisiert werden. Sicherlich muss über die Höhe der notwendigen Summe noch einmal gesprochen werden, jedoch ist diese gemeinsame Initiative ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Denn nur mit einer solidarischen und koordinierten Investitionsoffensive in ganz Europa wird uns ein Wirtschaftsaufschwung im Anschluss an die Corona-Pandemie gelingen.

Erfreulicherweise hat in dieser Woche ebenfalls EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen einen ähnlichen Vorschlag präsentiert, welcher ein Gesamtvolumen von 750 Milliarden Euro vorsieht. Davon sollen 500 Milliarden Euro als nicht rückzahlbare Zuschüsse und 250 Milliarden Euro als Kredite zur wirtschaftlichen Erholung zur Verfügung gestellt werden.

Zeitnah müssen diese beiden Initiativen nun zusammengeführt und ebenso die anderen Mitgliedsstaaten von diesem Vorhaben überzeugt werden. Denn aktuell gibt es auch einen Zusammenschluss, bestehend aus Österreich, Schweden, Dänemark und den Niederlanden, welcher weitreichende Zuschüsse sowie die Vergabe von Krediten sehr kritisch gegenübersteht. Ein gemeinsames und entschlossenes Handeln aller Mitgliedsstaaten ist jedoch dringend notwendig, um die schlimmsten ökonomischen Auswirkungen zu lindern.

Nun wünsche ich euch eine spannende Lektüre mit meinem Newsletter und wunderschöne Pfingstfeiertage.

Eure

Nezahat

Nezahat Baradari

KURZARBEITERGELD WIRD ERHÖHT

Höheres Kurzarbeitergeld, längeres Arbeitslosengeld, Unterstützung für Familien mit kleinem Budget: Der Bundestag hat das **„Sozialschutz-Paket II“** beschlossen. Das Gesetz sieht wichtige Hilfen vor, um soziale Auswirkungen der Corona-Pandemie zu begrenzen.

LOHNEINBUSSEN ABFEDERN, HINZUVERDIENST ERLEICHTERN

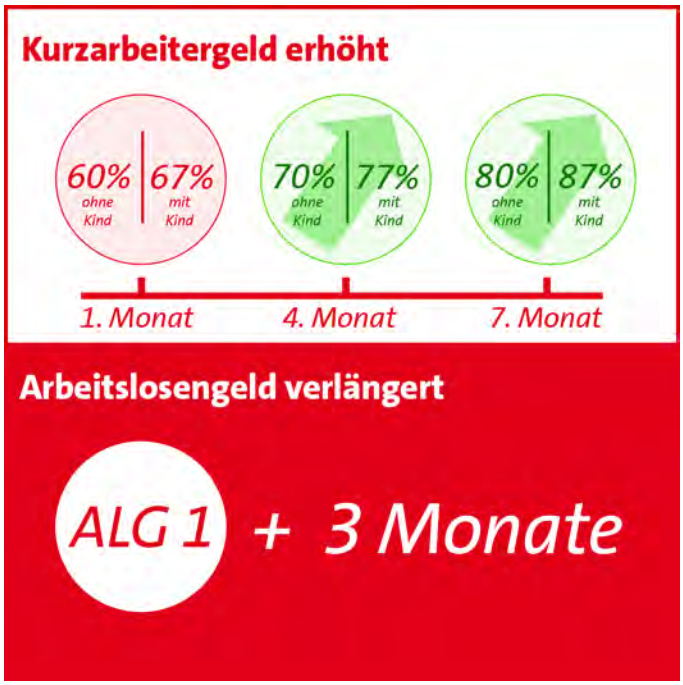
Das Kurzarbeitergeld ist ein sehr wirkungsvolles Instrument, um Arbeitsplätze zu sichern und Brücken über die Zeit der Krise zu bauen. Für die Beschäftigten bedeutet das, dass sie ihren Job behalten. Es bedeutet aber bislang auch, dass sie auf bis zu 40 Prozent ihres Lohns verzichten. Über mehrere Monate hinweg mit erheblichen Lohneinbußen zurechtzukommen, ist für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aber nur schwer möglich.

Darum haben wir in der Koalition durchgesetzt, dass das Kurzarbeitergeld erhöht wird, wenn Beschäftigte aufgrund der Corona-Krise weniger als 50 Prozent arbeiten. Demnach wird das Kurzarbeitergeld ab dem vierten Monat von 60 auf 70 Prozent (bzw. von 67 auf 77 Prozent für Haushalte mit Kindern) und ab dem siebten Monat auf 80 Prozent (bzw. 87 Prozent) erhöht.

Außerdem werden die Möglichkeiten erweitert, sich etwas hinzuzuverdienen: Bislang wurden nur Hinzuverdienste aus systemrelevanten Tätigkeiten nicht auf das Kurzarbeitergeld angerechnet. Jetzt bleiben Hinzuverdienste aus allen Tätigkeiten anrechnungsfrei, wenn sie zusammen mit dem Kurzarbeitergeld die Höhe des bisherigen Monatseinkommens nicht überschreiten. Die Neuregelungen zur Kurzarbeit gelten bis zum 31. Dezember 2020.

LÄNGERE BEZUGSDAUER VON ARBEITSLOSENGELD I

Das Gesetz sieht außerdem vor, soziale Härten für Arbeitslose abzufedern. Wer seine Arbeit verloren hat, hat es derzeit besonders schwer: Vermittlung und Weiterbildung sind eingeschränkt und die Chancen, gerade jetzt eine Stelle zu finden, gering. Deshalb wird das Arbeitslosengeld I für diejenigen um drei Monate verlängert, deren Anspruch zwischen dem 1. Mai und dem 31. Dezember 2020 enden würde.



Grafik: Adrian Vieweg

WEITERE HILFEN FÜR FAMILIEN, KINDER UND WAISEN

Familien, die zusätzlich zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten von Kita- und Schulschließungen betroffen sind, leiden besonders unter den Folgen der Pandemie. Gerade Eltern mit kleinem Budget werden deshalb besonders unterstützt. Für Kinder aus bedürftigen Familien wird das kostenlose warme Mittagessen gesichert, das sie normalerweise in der Schule oder der Kita erhalten. Damit sie in der aktuellen Situation auch zu Hause nicht darauf verzichten müssen, können die Kommunen die Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket so flexibel einsetzen, dass das kostenlose Essen den Kindern nach Hause oder zur Abholung an die Schule geliefert wird. Auch die Lieferkosten werden übernommen.

Soziale Dienste und Einrichtungen engagieren sich besonders, um in der Corona-Krise Hilfe zu leisten. Indem nun auch Frühförderstellen in das Sozialdienstleister-Einsatzgesetz aufgenommen werden, wird deren wichtige Arbeit zur Förderung von Kindern mit Behinderungen oder Entwicklungsauffälligkeiten gesichert. ▶

Auch wird mit dem Gesetz sichergestellt, dass Waisenrenten auch dann (weiter-)gezahlt werden, wenn Ausbildungen und Freiwilligendienste durch die Corona-Pandemie später als üblich beginnen. ■

Ein Statement von mir zur Erhöhung des Kurzarbeitergeldes findet ihr hier

Die Funktionsfähigkeit von **Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit** muss gewährleistet bleiben: Seine Rechte einklagen zu können, ist auch während der Corona-Krise wichtig und kann nicht auf Eis gelegt werden. Dem trägt das Sozialschutzpaket II Rechnung (mehr auf der Seite der SPD-Fraktion).

BUNDESKABINETT BESCHLIESST LÄNGERE LOHNFORTZAHLUNG FÜR ELTERN

Foto: Pixabay

Viele Eltern, deren Kinder derzeit noch keinen Anspruch auf eine Notbetreuung in Kita oder Schule haben, stehen aktuell vor existenziellen Herausforderungen: Sie müssen wegen Kita- und Schulschließungen die Betreuung ihrer Kinder selbst organisieren, können ihrer Arbeit nicht in vollem Umfang nachgehen, sind in Kurzarbeit oder haben wegen ausbleibender Aufträge gravierende Einkommenseinbußen. Betroffen sind insbesondere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die aus der Kurzarbeit zurückkommen oder die nach der Schließung von Läden und Geschäften wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkehren sollen.

ENTSCHÄDIGUNGSANSPRUCH

Grundsätzlich gilt daher: Sorgeberechtigte, die wegen der Betreuung ihrer Kinder vorübergehend nicht arbeiten können und deshalb einen Verdienstausfall erleiden, haben einen Entschädigungsanspruch. Dies wurde auf Initiative unseres Arbeitsministers Hubertus Heil bereits in das Infektionsschutzgesetz mit aufgenommen. Allerdings gilt dieser Entschädigungsanspruch bisher nur für maximal sechs Wochen.

Viele Eltern wären nach Auslaufen der jetzigen Regelung von unverhältnismäßigen Lohneinbußen getroffen worden. Um diesen Menschen einen Ausweg aus der schwierigen Situation zu bieten, hat das Bundeskabinett letzte Woche die Fortsetzung und Flexibilisierung von Entschädigungszahlungen beschlossen. Damit schaffen wir mehr finanzielle Sicherheit für Familien. Und: Die Aufteilung auf zwei Sorgeberechtigte ist eine wichtige Maßnahme, um eine partnerschaftliche Aufteilung der Betreuungsarbeit zu erreichen – ein wichtiges Ziel unserer Gleichstellungspolitik.

Folgende Punkte umfassen die beschlossenen Regelungen:

- Bei Paaren soll jeder Elternteil einen zehnwöchigen Anspruch auf die Leistung erhalten.
- Alleinerziehende können die Leistung für den Zeitraum von 20 Wochen beantragen.
- Die Entschädigungszahlung kann tageweise aufgeteilt werden – jedoch nicht stundenweise. So können Eltern, deren Kinder nur tageweise in Kita oder Schule betreut werden, die Zahlung über einen längeren Zeitraum beziehen. Dies entspricht den Gegebenheiten der erweiterten Notbetreuung in Kitas und Schulen in vielen Ländern und Kommunen. Und wenn Kitas oder Schulen wegen regional auftretender Infektionsschwerpunkte zeitweise schließen müssen, haben Eltern mehr Flexibilität.
- Anspruch besteht bei fehlender Betreuung von Kindern bis 12 Jahren in Kitas und Schulen.
- Die Entschädigungszahlung beträgt 67 Prozent des Netto-Einkommens, höchstens jedoch 2016 Euro pro Monat.
- Die Erstattung erfolgt über den Arbeitgeber. Dieser erhält die Entschädigung über die im jeweiligen Bundesland zuständige Behörde.
- Bevor die Entschädigung in Anspruch genommen werden kann, müssen anderweitige Betreuungsmöglichkeiten ausgeschöpft sein.

Sowohl der Bundestag als auch der Bundesrat müssen diesem Beschluss noch zustimmen. Im Sinne der Familien sollte dies so schnell wie möglich erfolgen. ■

BUNDESTAG BERÄT ÜBER GRUNDRENTE

Der Gesetzentwurf zur Einführung der Grundrente hat das Parlament erreicht. Das ist eine gute Nachricht für alle, die viele Jahre hart gearbeitet, Kinder erzogen und Angehörige gepflegt, aber wenig verdient haben. Mit der Grundrente sollen rund 1,3 Millionen Rentnerinnen und Rentner eine spürbar höhere Rente haben.

HUBERTUS HEIL WIRBT FÜR SCHNELLE UMSETZUNG

Am 15. Mai haben wir im Deutschen Bundestag in 1. Lesung das Grundrentengesetz beraten. Unser Arbeitsminister Hubertus Heil warb dabei in einer flammenden Rede für eine schnelle Umsetzung dieser wichtigen Maßnahme. Er machte darauf aufmerksam, dass die Grundrente diejenigen besonders unterstützt, die, gerade in der jetzigen Zeit, Tag für Tag hart arbeiten. Diejenigen, die dafür sorgen, dass der Laden läuft und dass auch unsere Wirtschaft läuft: Pflegehilfskräfte, Paketbotinnen und Paketboten, Lkw-Fahrerinnen und Fahrer, Beschäftigte in Supermärkten und Kaufhallen etc. Die Rede von Hubertus Heil kann auf der Seite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales angesehen werden.

Foto: Steffen Prößdorf, wikimedia.org

DÜRFTIGE RENTE FÜR HELDEN DES ALLTAGS?

Viele Menschen in Deutschland merken erst jetzt, dass es Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesen Berufen sind, die dafür sorgen, dass dieses Land funktioniert. Für viele gelten sie jetzt als Helden des Alltags oder als Coronahelden. Mit Recht wurden sie in den letzten Wochen gelobt.

Es ist allerdings eine Tatsache, dass viele Beschäftigte in diesen Berufen, trotz eines langen Lebens voller Arbeit in prekären Arbeitsverhältnissen, trotz Kindererziehung, und obwohl sie Angehörige gepflegt haben, nur eine dürftige Rente erhalten.

Bei der Grundrente, die nun in unsinniger und unangebrachter Art und Weise von einigen Kolleginnen und Kollegen in der Union in Frage gestellt wird, geht es um genau diese Menschen. Die Grundrente sorgt dafür, dass diese Menschen eine Rente bekommen, die sie sich mit ihrer Lebensleistung verdient haben. Also: Kein Vorsprechen beim Sozialamt, keine komplizierte Antragstellung und ein sicheres, würdiges Auskommen.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird daher auf eine zügige Beratung des Gesetzesvorhabens im Deutschen Bundestag drängen, damit die Grundrente wie geplant zum 1. Januar 2021 in Kraft treten kann. Mehr Informationen zu der konkreten Ausgestaltung der Grundrente findet ihr bei der SPD-Bundestagsfraktion. ■

Quelle: SPD-Bundestagsfraktion

> *„Bei der Grundrente, die nun in unsinniger und unangebrachter Art und Weise von einigen Kolleginnen und Kollegen in der Union in Frage gestellt wird, geht es um genau diese Menschen.“*

DAMIT ES JEDES KIND AUCH DIGITAL PACKT –

500 MILLIONEN SOFORTHILFEN FÜR DIGITALE ENDGERÄTE FÜR DIE SCHULEN KOMMEN!

Foto: Pixabay

Das 500 Millionen Euro Sofortausstattungsprogramm für Schulen kann losgehen. Bund und Länder haben heute die dafür notwendige Zusatzvereinbarung zum Digitalpakt Schule auf den Weg gebracht. Digitaler Unterricht zu Hause wird den Präsenzunterricht noch länger ergänzen müssen. Der Bund unterstützt jetzt die Schülerinnen und Schüler, die bisher kein digitales Endgerät haben.

105 MIO. EURO FÜR NRW

Schülerinnen und Schüler, bei denen Online-Unterricht aus Mangel an Geräten bislang keine Option war, sollen mit Tablets oder Laptops ausgestattet werden. Es darf nicht der Geldbeutel der Eltern darüber entscheiden, ob Schülerinnen und Schüler am digitalen Fernunterricht teilhaben können. Das ist eine entscheidende soziale Frage. Für dieses Programm hat die SPD hart gekämpft und es ist gut, dass es jetzt an den Start geht. Für das Bundesland Nordrhein-Westfalen stehen dafür nun 105.433.800 Euro zur Verfügung.

LÖSUNG AUCH FÜR FEHLENDE INTERNETANSCHLÜSSE

Schülerinnen und Schüler, die ein Tablet oder Notebook brauchen, erhalten dies durch die Schulen. Die Geräte gehen nicht in den Besitz der Kinder und Jugendlichen über, sondern werden als Leihgeräte zur Verfügung gestellt. Und wenn kein Internetanschluss vorhanden ist? Auch dafür soll es eine Lösung geben. Denn wir wissen, dass das alles nur wirklich helfen kann, wenn im Haushalt auch ein notwendiger Internetanschluss vorhanden ist. Der Bund sucht hierfür zurzeit mit den Mobilfunkanbietern nach guten Lösungen. Bildungsministerin Karliczek muss dies nun dringend vorantreiben. In diesem Zusammenhang appelliert die SPD-Bundestagsfraktion dringlich: Es ist wichtig, dass die Hilfen jetzt schnell dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Kein Kind darf wegen des Fernunterrichts zurückgelassen werden!

Die Laptops, Notebooks und Tablets – explizit ausgenommen sind Smartphones – werden je nach Landesregelung von den Ländern oder den Schulträgern beschafft. ■

Quelle: SPD-Bundestagsfraktion

„Es ist wichtig, dass die Hilfen jetzt schnell dort ankommen, wo sie gebraucht werden. Kein Kind darf … zurückgelassen werden! “

SPD-FRAKTION FORDERT HILFEN FÜR KUNST, KULTUR UND MEDIEN

Foto: Pixabay

Die SPD-Fraktion setzt sich für weitere Hilfen ein, um Künstlerinnen und Künstler, Kreative sowie Kultur- und Medienschaffende in der Corona-Krise zu unterstützen.

GROSSE BEDEUTUNG VON KUNST UND KULTUR

Aufgrund der enormen Bedeutung von Kunst und Kultur dürfen wir es nicht zulassen, dass Strukturen möglicherweise unwiederbringlich verloren gehen und Künstlerinnen und Künstler, Kreative und Kulturschaffende ihre gerade auch für unser zukünftiges Zusammenleben so wichtige Tätigkeit nach der Krise nicht fortsetzen können.

NACHHALTIGE LÖSUNGEN

In der SPD-Bundestagsfraktion plädieren wir daher für nachhaltige Lösungen rund um die soziale Absicherung von Kultur- und Medienschaffenden und für Soforthilfen für den kurzfristigen Bedarf.

„... dürfen wir es nicht zulassen, dass Strukturen möglicherweise unwiederbringlich verloren gehen ...“

Mit diesen Vorschlägen wollen wir die Programme und Hilfen, die der Deutsche Bundestag und die Bundesländer bereits auf den Weg gebracht haben, ergänzen.

Zu unseren Forderungen gehört die soziale Unterstützung für Kulturschaffende mit befristeten Arbeitsverträgen sowie für die freiberuflich Wirkenden. Denn freiberufliche Tätigkeit und kurze abhängige Beschäftigung wechseln sich in Kunst und Kultur oft ab. Um das Fortbestehen von Kultureinrichtungen zu sichern, plädieren wir unter anderem für eine Notfallhilfe für Musikclubs sowie eine Hilfe für kleine und mittlere Festivals. Kinos als Kulturorte und soziale Begegnungsstätten sollen durch einen Fonds zum Erhalt der Kinoinfrastruktur gesichert und die Filmförderung stabilisiert werden. Dazu sollten die nicht-reduzierbaren Betriebskosten eines Kinos anteilig zu 40 Prozent mit 1,85 Euro pro fehlendem Besucher bezuschusst werden. Für den Fonds wären demnach 74 Mio. Euro zu veranschlagen. Außerdem machen wir uns für das Fortbestehen von Volksfesten, Kirmessen, Zirkussen und Märkten stark, denn sie gehören zum kulturellen Leben dazu.

AUSWÄRTIGE KULTUR- UND BILDUNGSPOLITIK

Auch die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik soll gestärkt werden: „Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, dass die Kultur- und Medienschaffenden unbürokratisch und nachhaltig unterstützt werden“, sagt unser kultur- und medienpolitische Sprecher Martin Rabanus. „Wir begrüßen es, dass unser Bundesfinanzminister Olaf Scholz angekündigt hat, ein Programm für Kulturschaffende auf den Weg zu bringen.“

Ein Statement von Olaf Scholz im Deutschen Bundestag ist in diesem Video zu finden (ab Minute 7:45). Die Vorschläge der SPD-Fraktion können in diesem Positionspapier im Detail nachgelesen werden. ■

ÖFFENTLICHES FACHGESPRÄCH ZU GESUNDER ERNÄHRUNG

Foto: Pixabay

Am vergangenen Montag haben wir im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft mit Experten über das Thema gesunde Ernährung gesprochen. Schnell wurde deutlich: Das Essen der Deutschen ist im Durchschnitt immer noch viel zu energiereich, viel zu fett und enthält zu viel Zucker und Stärke – vor allem in hochverarbeiteten Lebensmitteln. Und das ist durchaus problematisch.

Obwohl bekannt ist, dass der Einfluss der Ernährung auf die Gesundheit sehr stark ist – mehr als 20 Prozent aller Todesfälle sind auf schlechte Ernährung im weitesten Sinne zurückzuführen – gibt es in Deutschland noch keine echte Präventionspolitik (siehe: SPIEGEL Gesundheit).

Der Kinder-/Jugendarzt und Ernährungsmediziner Prof. Dr. Hans Hauner von der Technischen Universität München machte daher deutlich, dass der bisherige Weg der CDU/CSU, wonach vor allem auf Selbstverpflichtungen der Lebensmittelwirtschaft gesetzt wird, nicht funktioniere. „Erfahrungen aus dem Ausland zeigen, dass Selbstverpflichtungen ohne klare Vorgaben und Sanktionsmöglichkeiten in der Regel erfolglos sind“, so Prof. Hauner.

Wichtig für eine funktionierende Präventionspolitik seien daher klare gesetzliche Vorgaben, für die Lebensmittelindustrie – auch was Nachhaltigkeit betrifft. Prof. Dr. Lorkowski von der Friedrich-Schiller-Universität Jena merkte dazu an, dass vor allem bei Kindern und Jugendlichen die Weichen für eine gesunde Ernährung gestellt werden müssen: „Gäbe es in Kitas verpflichtend eine vollwertige Verpflegung, könnten Kinder auf einen entsprechenden Geschmack geprägt und an eine entsprechende Ernährung gewöhnt werden“, sagte er.

Das vollständige Expertengespräch ist in der Mediathek des Deutschen Bundestages zu finden. Einen Redebeitrag von mir findet ihr dort ab 01:11:00. ■

ORDENTLICHES MITGLIED IM AUSSCHUSS FÜR ERNÄHRUNG UND LANDWIRTSCHAFT

Am Dienstag, den 26. Mai 2020, wurde ich von der SPD-Bundestagsfraktion zum ordentlichen Mitglied des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft ernannt. Damit werde ich die Nachfolge meines Kollegen Dirk Wiese antreten. Der Bundestagsabgeordnete aus dem benachbarten Hochsauerlandkreis wurde kürzlich zum stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion gewählt und gab daher seine Mitgliedschaft im Ausschuss auf.

Ich freue mich, dass ich nach dem Ausscheiden von Dirk Wiese, der eine starke Stimme für unsere Region Südwestfalen im Bundestagsausschuss für Ernährung und Landwirtschaft war, als weitere

Nezahat Baradri, 09.05.2019

Sauerländerin seinen Platz im Ausschuss einnehmen darf.

Für die kommenden Monate habe ich mir vorgenommen, besonders für den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher einzutreten. Als Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Olpe – Märkischer Kreis I mit dem Betreuungswahlkreis Siegerland werde ich mich daher unter anderem mit Themen wie der Milchwirtschaft, Reduzierung der Antibiotikaabgabe in der Nutztierhaltung, Tierversuchen, Hormongifte in Nahrungsmitteln sowie der Sicherheit von Kinderspielzeug befassen.

Bereits seit meinem Einzug in den Deutschen Bundestag im Januar 2019, konnte ich als stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft immer wieder meine Expertise als Kinder- und Jugendärztin mit der Zusatzqualifikation Ernährungsmedizin einbringen. Ich freue mich, dass ich diese Arbeit von nun an intensivieren kann! ■

AUFRUF ZUR TEILNAHME AM „TAG DER KLEINEN FORSCHER“ AM 16. JUNI 2020

Wasser ist die Grundlage für das Leben von Menschen und Tieren auf der Erde sowie für die biologische Vielfalt. An den Schutz des einen ist ohne den Schutz des anderen nicht zu denken. Dieses Themas nimmt sich daher die Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ an und stellt ihren diesjährigen „Tag der kleinen Forscher“ am 16. Juni 2020 unter das Motto „Von der Quelle bis ins Meer – Wasser neu entdecken“.

In den letzten Jahren haben zahlreiche pädagogische Einrichtungen an diesem jährlichen Projekttag, den es seit 2009 gibt, teilgenommen. Doch aufgrund der aktuellen Situation sind viele Bildungseinrichtungen nicht im Normalbetrieb. Daher kommt der Lernbeteiligung von Kindern einmal mehr ein besonderer Stellenwert hinzu. Ich unterstütze diese Aktion und rufe neben pädagogischen Einrichtungen auch Eltern dazu auf, sich an diesem Projekt zu beteiligen.

Frühe Bildung ist der Grundstein für die Sensibilisierung von ökologischen Zusammenhängen. Ebenso ist es dadurch möglich, den Herausforderungen in einer immer komplexer werdenden Welt erfolgreich begegnen zu können. Viele gute Projektideen und Vorschläge zur Teilnahme an dem „Tag der kleinen Forscher“ finden sich unter www.tag-der-kleinen-forscher.de. ■

GEBÄUDESANIERUNG DES BERUFSKOLLEGS LÜDENSCHEID WIRD GEFÖRDERT

Durch den Beschluss im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages am 06.05.2020 erhält das Berufskolleg Lüdenscheid eine Förderung für die Gebäudesanierung in Höhe von 260.000 Euro. Damit finanziert der Bund fast die Hälfte der benötigten Gesamtsumme und nimmt seine Verantwortung bei der Sanierung dieses denkmalgeschützten Gebäudes wahr. Es ist ein wichtiger Beitrag, damit die geplanten Maßnahmen erfolgreich umgesetzt werden können.

Die Fördermittel stammen aus dem Denkmalschutz-Sonderprogramm IX, welches der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) zugeordnet ist. Darüber werden beispielsweise Maßnahmen an national bedeutsamen Kulturdenkmälern gefördert, die der Substanzerhaltung und Restaurierung im Sinne der Denkmalpflege dienen.

Das 1913 erbaute Gebäude am Raithelplatz 5 ist von großer Bedeutung für die Geschichte der Stadt Lüdenscheid. Denn mit der Eröffnung beheimatete es das Lehrerseminar zur Ausbildung von Volksschullehrern.

Dies markierte die Abkehr vom Laienlehrer zur professionell ausgebildeten Lehrkraft. Fortan wurden hier Lehrkräfte für die gesamte Region ausgebildet, was einen großen Prestigegewinn für Lüdenscheid darstellte.

Aufgrund dieses bedeutsamen historischen Hintergrunds ist die Beteiligung der Bundesregierung an den Sanierungskosten ein wichtiges Zeichen zur Erhaltung eines Kulturguts in unserer Region.

Foto: Quelle Nezahat Baradari/Pelei

Da sich die Gesamtkosten der notwendigen Sanierung auf rund 534.000 Euro belaufen, hoffe ich sehr, dass die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen nach dieser Förderzusage ebenfalls ihre Verantwortung wahrnimmt und die noch fehlende Summe zur Verfügung stellt. ■

BESUCH BEIM BERUFSKOLLEG FÜR TECHNIK IN LÜDENSCHEID

„SCHÜLERSCHAFT UND LEHRKRÄFTE DES BERUFSKOLLEGS LÜDENSCHEID GEBEN IHR BESTES IN DER CORONA-PANDEMIE“

Ich nahm die Bundesförderung für die Gebäudesanierung des Berufskollegs in Lüdenscheid zum Anlass, um mich über die aktuelle Situation vor Ort zu erkundigen. Das Berufskolleg für Technik des südlichen Märkischen Kreises erhält Fördermittel des Bundes in Höhe von 260.000 Euro, um dringend benötigte Gebäudesanierungen durchzuführen.

Der Schule und ihrem Krisenmanagement habe ich ein großes Lob ausgesprochen. Die große Flexibilität und Kreativität im Umgang mit der Krise sind bemerkenswert. Für die geleistete Arbeit in der Schule bin ich sehr dankbar, denn auch Berufsschule und Ausbildung sind systemrelevant.

Das Berufskolleg für Technik in Lüdenscheid besuchen derzeit etwa 2500 Schüler, die von ca. 110 Lehrerinnen und Lehrern unterrichtet werden.

„Es ist eine große Herausforderung, bei so vielen Menschen unter einem Dach den Infektionsschutz zu gewährleisten“, so die stellvertretende Schulleiterin Manuela Turk. Aus diesem Grund findet der Unterricht inzwischen nach einem Rotationsprinzip statt, bei der die Klassen sich mit der Präsenz abwechseln. Teilweise findet auch digitaler Unterricht statt. „Gerade dort leisten Lehrerinnen und Lehrer, aber auch Schülerinnen und Schüler Ihren Beitrag, da viele die so dringend benötigten Medienkompetenzen bereits mitbringen“, so die stellvertretende Schulleiterin.

Manuela Turk (li.), stellvertretende Schulleiterin und Nezahat Baradari (MdB). Foto: Nezahat Baradari (MdB)

Auch weiterhin sieht Frau Turk große Herausforderungen auf die Schule zukommen: „Wir wurden mit der Coronakrise ganz schön ins kalte Wasser geworfen. Der digitale Unterricht muss zur Routine werden. Doch dafür benötigen wir bessere und sichere Technologien, ebenso wie Weiterbildungen für das Lehrpersonal.“

Ich bin froh darüber, dass Schulen in diesen schweren Zeiten durch den Bund zusätzlich, z. B. im Rahmen des Digitalpakts mit dem Sofortausstattungsprogramm, unterstützt werden. Auch das Land muss den Betroffenen beim Thema Schule unter die Arme greifen. ■

KLEINE HILFE – GROSSE WIRKUNG!

ATTENDORN: SELBSTGENÄHTE MASKEN FÜR GEMEINSCHAFTSUNTERKÜNFTE

Auch in Zeiten der Corona-Pandemie gibt es immer wieder positive Geschichten, die zeigen, dass Menschlichkeit und Solidarität einen echten Unterschied machen können. So geschehen zuletzt in Attendorn: Als die aus Afghanistan geflüchteten Frauen Shakila Gholami und ihre Schwiegertochter Muzghan Gholami hörten, dass es an vielen Stellen an den aktuell so wichtigen Mundschutzmasken fehle, zögerten sie nicht lange und boten ihre Hilfe an.

V. l. n. r.: Nezahat Baradari MdB, Muzghan Gholami, Shakila Gholami und Katrin Luers, Foto: Hansestadt Attendorn

Mit der Unterstützung der Hansestadt Attendorn begannen sie schnell Masken für die örtlichen Gemeinschaftsunterkünfte zu nähen. Denn dort werden diese besonders dringend gebraucht. Katrin Luers, Ehrenamtskoordinatorin im Rathaus und Projektverantwortliche, dazu: „Die Corona-Krise stellt auch Geflüchtete in den Unterkünften vor große Herausforderungen. Küchen und Badezimmer werden von mehreren Familien geteilt, man begegnet sich im Flur, und das Platzangebot ist eingeschränkt." Sie lobt das Engagement daher ausdrücklich.

Als in Deutschland dann eine allgemeine Maskenpflicht eingeführt wurde, waren bereits 200 Masken fertig genäht und konnten an die aktuell 171 Bewohner der Gemeinschaftsunterkünfte in der Hansestadt verteilt werden.

Auch ich – selbst Asylsuchende vor 40 Jahren – bin froh, die beiden Frauen bei ihrer großartigen Hilfsaktion unterstützen zu können. Als zwischendurch die alten Nähmaschinen streikten, mit denen die Masken genäht wurden, war es für mich eine Selbstverständlichkeit, neue Nähmaschinen zu spenden. Die bemerkenswerte Initiative der beiden engagierten Frauen ist ein tolles Beispiel für soziale Verantwortung und Menschlichkeit in dieser Krise. Sie haben jede Unterstützung verdient.

Mehr Informationen zu dieser Aktion gibt es auf der Internetseite der Stadt Attendorn. ■

KOMPLEMENTÄRMEDIZIN IN DER KINDER- UND JUGENDHEILKUNDE

Wie sicherlich viele von euch wissen, kümmere ich mich als Ärztin seit mittlerweile zwölf Jahren mit einer eigenen Praxis in Attendorn um die ambulante Versorgung von Kindern und Jugendlichen in der Region. Dabei beschäftige ich mich seit geraumer Zeit auch mit verschiedenen Aspekten der Komplementärmedizin. Bereiche wie die Naturheilkunde, Akupunktur, Osteopathie und Psychotherapie bei Kindern und Jugendlichen bilden – so kann ich aus eigener Erfahrung berichten – einen wertvollen Beitrag zur ganzheitlichen Betreuung der „kleinen Patienten".

Komplementärmedizinische Verfahren können eine wichtige Ergänzung, sowohl für die Diagnostik als auch für die Therapie, bilden. Insbesondere bei Verhaltensauffälligkeiten und funktionellen Störungen, oft ausgelöst durch Reizüberlastung und die unkontrollierte Nutzung moderner Medien, stellen diese Behandlungsansätze vielversprechende Methoden dar.

Daher habe ich mich sehr gefreut, die Möglichkeit zu erhalten, bei der diesjährigen wissenschaftlichen Jahrestagung der Deutschen Ärztegesellschaft für Akupunktur e.V. (DÄGfA) über meine Erfahrungen als Kinder- und Jugendärztin zu berichten und – als Bundestagsabgeordnete – eine Brücke zu politischen Zusammenhängen zu schlagen.

Dabei machte ich unter anderem darauf aufmerksam, dass die Komplementärmedizin in Ausbildung und Forschung auch heute noch zu kurz kommt. Auch wenn Elemente wie rehabilitative Medizin, physikalische Medizin und Naturheilverfahren in den Lehrplan angehender Ärztinnen und Ärzte mit aufgenommen wurde, fehlt es an vielen Stellen noch an Grundlagenforschung und entsprechenden Professuren. Hier muss daher genau geprüft werden, inwiefern Forschungsmittel für diesen Zweig der Medizin sinnvoll eingesetzt werden können.

Zudem müssen Lösungen gefunden werden, wie die – besonders in der Kinder- und Jugendmedizin so wertvolle – Komplementärmedizin in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen aufgenommen werden kann. Denn: Integrative Medizin sollte nicht nur gut betuchten Familien offenstehen. Alle Kinder und Jugendliche sollten davon profitieren können.

Weitere Informationen zur Bad Nauheimer Jahrestagung am 21. Mai 2020 unter dem Motto „An den Herausforderungen wachsen!“ gibt es auf der Internetseite der DÄGfA. ■

Hintergrund: Die gemeinnützige Deutsche Ärztegesellschaft für Akupunktur e.V. (DÄGfA) mit ihren rund 8.300 Mitgliedern sieht sich als nationales Kompetenzzentrum für Akupunktur und Chinesischer Medizin. Seit 1951 engagiert sich die älteste deutsche Akupunkturgesellschaft für ein hohes Niveau in der Akupunkturausbildung von Ärzten. Die DÄGfA mit Sitz in München fördert die Akupunktur in Praxis, Lehre, Forschung sowie durch Öffentlichkeitsarbeit.

GEMEINSAMER INTERNATIONALER BRIEF

FÜR DIE RESPEKTIERUNG DES DEMOKRATISCHEN WILLENS IN DER REPUBLIK KOSOVO

Nach den Parlamentswahlen im Herbst 2019 wurde in der Republik Kosovo eine neue Regierung gebildet. Das Parlament wählte Albin Kurti zum Regierungschef, der unter anderem mit den Wahlversprechen Aufbruch und Korruptionsbekämpfung angetreten war.

Doch schon nach kurzer Zeit wurde deutlich, dass die Opposition sich nicht mit ihrer neuen Rolle anfreunden wollte, und so wurde die Regierung von Albin Kurti unter Mithilfe von Staatspräsident Thaci sowie durch Billigung der US-Regierung gestürzt. Dies ist gerade auch mit Blick auf die Ausbreitung der Corona-Pandemie und die in diesem Zusammenhang zu treffenden Maßnahmen ein fatales Zeichen.

Die junge Republik Kosovo braucht dringend demokratische Stabilität und die Anerkennung des Wählerwillens. Um dies zu bekräftigen habe ich als zuständige Berichterstatterin der SPD im Ausschuss für Angelegenheiten der europäischen Union gemeinsam mit Abgeordneten aus verschiedenen Ländern Europas einen Aufruf unterzeichnet. Damit wollen wir auch zum Ausdruck bringen, dass wir die Republik Kosovo auf ihrem Weg der Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Frieden, Stabilität und Freiheit weiter unterstützen werden. Den Aufruf findet ihr meiner Internetseite www.nezahat-baradari.de.

Foto: Pixabay

MACH MIT UND NIMM AM PARLAMENTARISCHEN-PATENSCHAFTS-PROGRAMM DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES TEIL!

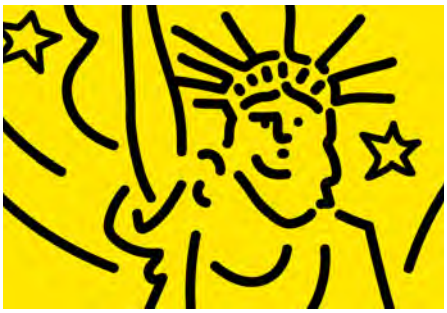


Abbildung: Deutscher Bundestag

Der Deutsche Bundestag vergibt Stipendien für ein Austauschjahr in den USA an Schülerinnen und Schüler und junge Berufstätige. Dieses Parlamentarische Patenschafts-Programm (PPP) ermöglicht seit 1983 jedes Jahr Schülerinnen und Schülern sowie jungen Berufstätigen, mit einem Stipendium des Deutschen Bundestages ein Austauschjahr in den USA zu erleben. Zeitgleich sind junge US-Amerikaner zu Gast in Deutschland. Das PPP ist ein gemeinsames Programm des Deutschen Bundestages und des Kongresses der Vereinigten Staaten. Es steht unter der Schirmherrschaft des Bundestagspräsidenten.

Bewerbungen für das 38. Parlamentarische Patenschafts Programm (2021/2022) sind seit dem 04. Mai 2020 möglich. **Die Bewerbungsfrist endet am Freitag, den 11. September 2020**. Derzeit wird von der planmäßigen Durchführung des 38. PPP 2021/22 ausgegangen. Aufgrund der Covid-19-Pandemie können Änderungen im Programmablauf notwendig werden. Den Bewerbungsflyer sowie ein Video von mir zum PPP gibt es auf meiner Internetseite.

Gerade in Zeiten einer globalen Pandemie zeigt sich, wie wichtig die internationale Zusammenarbeit ist. Nur gemeinsam können wir diese Probleme lösen. Besonders bei der Völkerverständigung leistet das Parlamentarische Patenschafts Programm einen unverzichtbaren Beitrag. ■